

Termine

12.02.2007 - 15.02.2007
Sitzungswoche
Europäisches Parlament
in Straßburg

13.02.2007 - 14.02.2007
10. Europäischer
Polizeikongress in Berlin

26.02.2007
CDU-Bundesvorstand
in Berlin

26.02.2007 - 02.03.2007
Sitzungswoche
Deutscher Bundestag



05.03.2007 - 09.03.2007
Sitzungswoche
Deutscher Bundestag

07.03.2007 - 11.03.2007
Internationale Tourismusbörse
in Berlin

12.03.2007 - 15.03.2007
Sitzungswoche
Europäisches Parlament
in Straßburg

19.03.2007 - 23.03.2007
Sitzungswoche
Deutscher Bundestag

26.03.2007 - 30.03.2007
Sitzungswoche
Deutscher Bundestag

02.04.2007 - 14.04.2007
Osterferien
in Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde!

Neben der Gesundheitsreform hat sich die Bundesregierung zweier weiterer großer Projekte angenommen. Beides sind Themen von unmittelbarer Bedeutung für die weitere konjunkturelle Gesundung unseres Landes.

In der so genannten Kohlerunde hat sich die Bundesregierung gemeinsam mit Gewerkschafts- und Konzernvertretern auf den Ausstieg aus dem Steinkohlebergbau spätestens im Jahr 2018 geeinigt. Dann soll die staatliche Finanzierung endgültig auslaufen. Dieser Beschluss wird zwar im Jahr 2012 noch einmal überprüft werden, insbesondere mit Blick auf die Frage einer weiterhin gesicherten Energieversorgung in Deutschland. Aus heutiger Sicht jedoch ist der Ausstieg überfällig. Denn auch auf absehbare Zeit wird der deutsche Steinkohlebergbau nicht kostendeckend arbeiten können. Während eine Tonne Importkohle 60 Euro kostet, schlägt die heimische mit 200 Euro zu Buche. Energiepolitisch spricht ebenfalls alles für ein Ende der Subventionierung. Der Anteil der Kohle am Primärenergieverbrauch liegt heute gerade einmal noch bei fünf Prozent.



Notwendig ist vielmehr, die frei werdenden Gelder jetzt in Umstrukturierungsmaßnahmen zu investieren, ähnlich dem Vorbild der Franzosen, die diesen Schritt bereits vor vielen Jahren vollzogen haben. Beispielsweise der Kleinwagen Smart wird heute im lothringischen Hambach dort produziert, wo früher einmal Zechen standen.

Daneben wird es mit der CDU/CSU-Fraktion auch weiterhin keinen flächendeckenden Mindestlohn geben. Eine solche Regelung würde nicht einen einzigen Arbeitsplatz in Deutschland sichern, dafür aber unzählige gefährden. Kaum ein Unternehmen wäre noch konkurrenzfähig. Die CDU/CSU-Fraktion ist durchaus offen, die Entsenderichtlinie auf vereinzelte Branchen wie etwa den Zeitarbeitssektor auszuweiten. Grundsätzlich muss aber gelten, den Faktor Arbeit nicht weiter zu verteuern. Und dort, wo Menschen von ihrem Lohn tatsächlich nicht den Lebensunterhalt finanzieren können, brauchen wir intelligente Kombilohn-Modelle, um Arbeit statt Erwerbslosigkeit zu finanzieren.

Ausgesprochen ärgerlich ist es für uns als Berliner Abgeordnete, dass die Jobcenter und Arbeitsagenturen der Hauptstadt im vergangenen Jahr 96 Millionen Euro Fördergelder aus Bundesmitteln haben verfallen lassen. Völlig unverständlich ist, warum diese Summen nicht abgerufen worden sind, standen sie doch zur Verfügung, um für Umschulungen, Bewerbungstrainings und Lohnkostenzuschüsse eingesetzt zu werden. Berlin hat damit – einmal mehr – die zweitschwächste Förderbilanz im gesamten Bundesgebiet. Anstatt immer neue Experimente wie nunmehr einen öffentlichen Beschäftigungssektor einzurichten, sollten endlich einmal die vorhandenen Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Das bis über beide Ohren verschuldete Land Berlin scheint vergessen zu haben, dass jeder Erwerbslose, der in Beschäftigung kommt, auch wieder Steuern zahlt.

Mit freundlichen Grüßen

Ingo Schmitt

Ingo Schmitt, MdB

Sind unsere Energielieferungen bedroht? Konsequenzen aus dem russischen Öllieferstopp

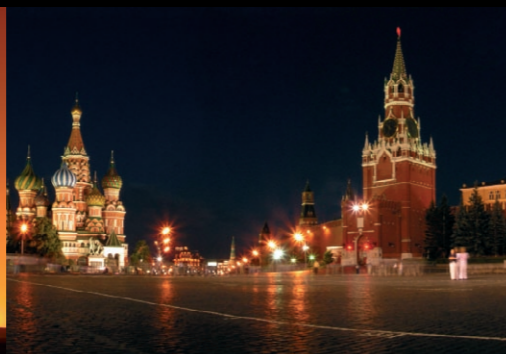
Von **Karl-Georg Wellmann, MdB**

Der jüngste Konflikt zwischen Russland und Weißrussland hat uns deutlich vor Augen geführt, wie schnell bei uns „das Licht ausgehen“ kann. Unbeteiligte Dritte wie Deutschland werden zunehmend von den Auseinandersetzungen Russlands mit seinen Transitländern beeinträchtigt. In den vergangenen Jahren gab es beim Transit von Energie durch Drittstaaten immer wieder Probleme. Für die erfolgreiche Fortsetzung der Energiezusammenarbeit mit Russland ist es deshalb unabdingbar, dass Rechts- und Vertragssicherheit bestehen. Es muss alles getan werden, um die Öllieferungen nach Westeuropa

künftig zu garantieren. Rechtliche Basis der Beziehungen zwischen Russland und der Europäischen Union ist das sog. Partnerschafts- u. Kooperationsabkommen (PKA), dessen Laufzeit im November 2007 endet. Erste Verhandlungen über das Nachfolgeabkommen werden bereits unter der deutschen EU-Ratspräsidentschaft beginnen. Geplant ist auch, dass ein substantieller Energiepassus aufgenommen wird. Langfristiges Ziel soll ein detailliertes Energieabkommen mit Russland sein. Ein wichtiger Schritt auf diesem Weg war das jüngste Zusammentreffen von Bundeskanzlerin Merkel und Präsident Putin in Sotschi. Dort erzielten beide Einigkeit darüber, dass die Energie-

beziehungen zwischen der EU und Russland auf Verlässlichkeit und einer marktwirtschaftlichen Basis beruhen. Trotzdem darf es keine einseitige Abhängigkeit von einzelnen Energielieferanten geben. Und auch die Debatte um eine endgültige Abkehr vom Atomausstieg muss erneut geführt werden. Die Lieferengpässe bei Öl und Gas haben gezeigt, dass alternative Energieformen notwendiger sind denn je. Deutschland braucht einen ausgewogenen Energiemix, um seine Versorgung zu sichern. Dazu gehören erneuerbare Energien ebenso wie die Kernkraft. Durch Abschaltung der sicheren deutschen KKWs wird die Reaktorsicherheit in Europa nicht erhöht.

Themenschwerpunkt: Russland und Energie



Fotos: iStock; Land Berlin / Thi; privat

Energiepolitik auf der Agenda des Europarates

Als Mitglied der Deutschen Delegation hat **Ingo Schmitt MdB** in der Woche vom 22. bis 26. Januar 2007 an der Sitzung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Straßburg teilgenommen. Dem Europarat als der ältesten zwischenstaatlichen Organisation Europas gehören heute 315 Parlamentarier aus 46 Mitgliedsstaaten an. Die Deutsche Delegation besteht aus 18 Bundestagsabgeordneten. Sie wird geleitet von Joachim Hörster aus der CDU/CSU-Fraktion. Schwerpunkte der Tagung waren neben dem besseren Schutz von Kindern in Europa vor allen Dingen die Deutsche Ratspräsidentschaft in der Europäischen

Union sowie die Entwicklung einer gemeinsamen Energiestrategie für Europa. Letztere ist eines von vielen Vorhaben, die die Bundesregierung in den kommenden sechs Monaten mit Nachdruck vorantreiben wird. Angesichts knapper werdender Ressourcen und immer wieder auftretender Lieferunterbrechungen bei russischem Erdgas geht es darum, die Energieversorgung Europas für die nächsten Jahrzehnte abzusichern. Ingo Schmitt hielt zu diesem Thema eine Rede und stellte die Position der Deutschen Delegation dar. Er wies darauf hin, dass es neben der Versorgung aus bestehenden Energiequellen

ebenso wichtig ist, alternative sowie erneuerbare Energieformen zu erschließen und auszubauen. Gleichzeitig machte er deutlich, dass die Frage des Klimaschutzes hierbei nicht außer Acht gelassen werden dürfe. Beide Themen seien zwei Seiten derselben Medaille. Schließlich forderte Schmitt die Russische Föderation auf, das in den vergangenen Jahren gewachsene gegenseitige Vertrauen nicht weiter durch einseitige Lieferstopps zu erschüttern. Zu einer Partnerschaft gehöre auch Verlässlichkeit und Berechenbarkeit. Die Russische Föderation müsse weitere Irritationen daher künftig vermeiden.

Hauptstadtkulturfinanzierung: Rot-Rot riskiert bundesweit alle Sympathien

Von **Monika Grütters, MdB**

Die lautstarken Forderungen Wowereits, die Staatsoper komplett an den Bund abzuschieben - schließlich heiße sie nicht Stadtober - hat nicht nur die Kanzlerin brüskiert. Auch auf parlamentarischer Bundesebene wird die bisherige Aufgabenteilung zwischen Bund und Land kritisch hinterfragt. Mit einem Antrag fordert die FDP, die Hauptstadtkulturfinanzierung in einem Staatsvertrag zu



regeln. Und auch in der CDU/CSU-Fraktion werden Stimmen laut, die angesichts der nicht nachlassenden Forderungen Berlins die Zuständigkeiten von Land und Bund genau prüfen wollen. Am 1. Februar 2007 wurde das Thema Hauptstadtkulturfinanzierung im Plenum des Deutschen Bundestages diskutiert. Kritik an der fehlenden Systematik der Hauptstadtkulturfinanzierung des Bundes kam aus allen Fraktionen. Gefordert wird eine

Beteiligung der Parlamente bei der Verhandlung eines neuen Staatsvertrages zwischen Berlin und dem Bund. Die Übernahme der Staatsoper durch den Bund wird ohne Rückübertragung anderer Berliner Kultureinrichtungen in die finanzielle Verantwortung des Landes konsequent abgelehnt. Als Berliner Abgeordnete und als Kulturpolitikerin setze ich mich natürlich für die Anerkennung der besonderen kulturpolitischen Bedeutung der Hauptstadt ein. Denn was hier kulturell gelingt, wird in den Augen der Welt dem ganzen Land gutgeschrieben. Kulturpolitik ist in Berlin immer auch Bundespolitik. Kulturstaatsminister Bernd Neumann hat bewiesen, dass er die Rolle Berlins als Kulturhauptstadt ernst nimmt. Erfolgreich hat er für 2007 die Bereitstellung von Bundesmitteln für die vorgezogene Finanzierung des neuen Empfangsgebäudes auf der Museumsinsel, für den Grundstücksankauf zur Realisierung der Mauergedenkstätte Bernauer Straße oder für die Sanierung der Staatsoper verhandelt. Hoffen wir, dass Rot-Rot in Berlin durch seine undiplomatischen Auftritte und für andere Bundesländer nicht mehr nachvollziehbaren Forderungen die Bundesregierung mit ihrer hauptstadtfreundlichen Politik nicht dazu zwingt, diesen Forderungen mit einem restriktiveren Kurs zu begegnen.

Wegner übernimmt Ausbildungspatenschaft

Auch in diesem Jahr fehlen in Berlin wieder Ausbildungsplätze. Doch im Gegensatz zum rot-roten Berliner Senat, der eine Ausbildungsplatzabgabe fordert und selbst kaum noch ausbildet, wirbt der Spandauer Bundestagsabgeordnete **Kai Wegner** für mehr Ausbildungsplätze: „Junge Menschen brauchen eine Perspektive – sie brauchen Ausbildung!“, davon ist Wegner überzeugt. Aber auch Jugendliche, die bereits in einer Ausbildung sind, haben Probleme. So werden bis zu einem Drittel aller Ausbildungsverträge vorzeitig aufgelöst. Um diesem Problem vorzubeugen,

hat der CDU-Wirtschaftspolitiker eine Ausbildungspatenschaft für die Auszubildenden der Berliner Hafen- und Lagerhausgesellschaft mbH (BEHALA) übernommen. Nach Gesprächen mit dem Vorsitzenden des Betriebsrates, Peter Bartholomä und der Jugendvertreterin, Claudia Fröse, wurde ein Ausbildungspatenschaftsvertrag unterzeichnet. Zukünftig steht Wegner den Auszubildenden mit Rat und Tat zur Seite, um sie bei kleinen und großen Problemen in ihrer Ausbildungszeit zu unterstützen. Ferner möchte der Bundestagsabgeordnete den Auszubildenden auch gesellschaftspolitische Inhalte näher bringen.

Die Opferpension kommt

Kai Wegner MdB hat die Einigung der Koalition auf eine Pension für SED-Opfer begrüßt: „Es ist für mich wichtig, dass sich die Große Koalition auf Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion darauf geeinigt hat, zumindest die materiellen Folgen der SED-Diktatur in Form einer Opferpension zu lindern. Neben der materiellen hat diese ‚Ehrenpension‘ für mich auch eine moralisch-symbolische Dimension“, so der Spandauer Bundestagsabgeordnete.

Kultur wichtige Wurzel Europas

Anlässlich des 50-jährigen Jubiläums der EU erklärte die Bundestagsabgeordnete Monika Grütters MdB: „Bei der Diskussion über die geistig-kulturellen Wurzeln Europas muss der Kultur mehr Gehör verschafft werden. Sie ist das verbindende Element der europäischen Staaten. Freiheit, Demokratie und Menschenrechte bilden die geistige Grundlage der europäischen Einigung. Diese Überzeugungen sind die ungeschriebenen Grundwerte Europas.“

Union setzt Änderungen durch

Am 2. Februar 2007 hat der Bundestag mit der Gesundheitsreform das zweite große Reformprojekt der Bundesregierung verabschiedet. Peter Rzepka MdB weist darauf hin, dass die Unionsfraktion gegenüber dem ursprünglichen Entwurf von Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) wesentliche Verbesserungen durchsetzen konnte. Versicherte können ab 2009 zu einem anderen Anbieter wechseln, falls ihre Krankenkasse einen Zuschlag auf die Gesundheitsprämie erheben will. Die Beiträge können ab dann nur noch mit parlamentarischer Mehrheit angehoben werden. Die Private Gesundheitsversicherung bleibt erhalten.

Landesbank Berlin: Traumrendite statt Alptraum?

Von Peter Rzepka, MdB

Der Bieterwettbewerb befindet sich in der entscheidenden Phase. Zahlen über die Höhe des zu erwartenden Verkaufserlöses gehen in immer schnellerer Folge durch die Presse. Peter Rzepka, Mitglied im Finanzausschuss des Bundestages, hat die Fakten recherchiert.

Langsam wird es Zeit, mit dem Märchen von der Berliner Bankgesellschaft – heute firmiert sie als Landesbank Berlin Holding AG – als „Fass ohne Boden“ aufzuräumen: Der so oft bemühte „Todesstoß für den Landeshaushalt“ war sie jedenfalls nicht. Vielmehr ist ihre Krise im Jahr 2001 von

zent. Eine hervorragende Investition, wenn man bedenkt, dass die Börse das Unternehmen derzeit mit gut sieben Milliarden Euro bewertet. Im Vergleich dazu sind die negativen finanziellen Folgen der riskanten Immobiliengeschäfte für den Haushalt bescheiden: So sind in den vergangenen zwei Jahren zur Risikoabschirmung jeweils zweistellige Millionenbeträge geflossen.

Nur, mit wie viel Milliarden kann man aus dem Verkauf der Bank tatsächlich rechnen? Die Spanne der in der Presse genannten Zahlen ist groß: 4,5 – 5,76 – 6,5 und sogar 8 Mrd. Euro sind im Angebot. Welche Zahl ist richtig? Die Antwort liefert der Kurszettel der Aktie: Bei 999.327.870 Aktien und



der SPD im Wettkampf der politischen Parteien in der Hauptstadt dazu missbraucht worden. Nach Abschluss einer erfolgreichen Sanierung steht sie heute gut da, so dass der Berliner Finanzsenator auf einen milliarden schweren Verkaufserlös hoffen kann. Die erdrückende Faktenlage zwang schließlich den Regierenden Bürgermeister Wowereit (SPD) zum Rückzug: „Die Krise der Bankgesellschaft“, räumte er vor dem Bundesverfassungsgericht kleinlaut ein, „hat keinen wesentlichen Einfluss auf die Haushaltsnotlage Berlins.“

Die Fakten: Der Senat hatte im Jahr 2001 für die Sanierung ca. 1,75 Mrd. Euro aufgebracht. Dem stehen Gewinnabführungen der Bank an das Land aus früheren Jahren von 400 Mio. Euro gegenüber. Mit der Kapitalerhöhung hat sich der Eigentumsanteil Berlins erhöht, und zwar auf knapp 81 Pro-

einem Kurs von 7,08 Euro (am 25.01. früh) errechnet sich eine Marktkapitalisierung von 7,095 Mrd. Euro. Wenn man sich, von dieser Zahl ausgehend, die Zeitungsartikel noch einmal anschaut, stellt man folgendes fest: Alle hatten recht, meinten aber jeweils etwas Anderes. 4,5 Mrd. ist der Mindestverkaufspreis, 6,5 Mrd. der im Durchschnitt erwartbare Verkaufserlös, 5,76 Mrd. entspricht dem auf dieser Grundlage errechneten Wert des Landesanteils (ca. 81 Prozent) und 8 Mrd. Euro war die maximale Marktkapitalisierung zu Beginn dieses Jahres.

Viele Berlinerinnen und Berliner glauben noch heute, die vorübergehende Krise der Bankgesellschaft sei die Hauptursache für die Schiefelage des Berliner Landeshaushaltes. Jeder, der sich mit den Fakten beschäftigt, entlarvt diese Behauptung als Fehlinformation.

KONTAKT

Die Bundstagsabgeordneten der
Berliner Landesgruppe
in der CDU/CSU-Bundstagsfraktion



Ingo Schmitt
Landesgruppenvorsitzender

Tel: 030. 227-79362
Fax: 030. 227-76463
www.ingo-schmitt.de

ingo.schmitt@bundestag.de



Prof. Monika Grütters

Tel: 030. 227-70222
Fax: 030. 227-76223
www.monika-gruetters.de

monika.gruetters@bundestag.de



Peter Rzepka

Tel: 030. 227-70999
Fax: 030. 227-76999
www.peter-rzepka.de

peter.rzepka@bundestag.de



Kai Wegner

Tel: 030. 227-77610
Fax: 030. 227-76312
www.kai-wegner.de

kai.wegner@bundestag.de



Karl-Georg Wellmann

Tel: 030. 227-70300
Fax: 030. 227-76304
www.wellmann-berlin.de

karl-georg.wellmann@bundestag.de

IMPRESSUM

Herausgeber

CDU-Landesgruppe Berlin im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1 - 10111 Berlin